



# Grüne Produkte sind gefragt

**Nachhaltiger Konsum.** Obwohl die Verbraucher den Herstellern von umweltfreundlichen Produkten oft nicht vertrauen, steigt die Nachfrage nach grüner Ware. Derweil arbeitet die EU-Kommission daran, eine europaweit einheitliche Messmethode für die Umweltstandards von Produkten zu entwickeln.

Was heißt eigentlich nachhaltig? Ist man bereits umweltbewusst, wenn man sein Altpapier separat entsorgt? Oder muss man dafür auch Bio-Lebensmittel aus der Region beziehen, schadstofffreie Holz Möbel aus naturnaher Waldbewirtschaftung

kaufen und darauf achten, dass der Zahnersatz biokompatibel ist?

Keine Frage, der nachhaltige Konsum hat viele Facetten. Und immer mehr Menschen achten darauf, dass die Dinge, die in ihrem Einkaufskorb landen, einen mög-

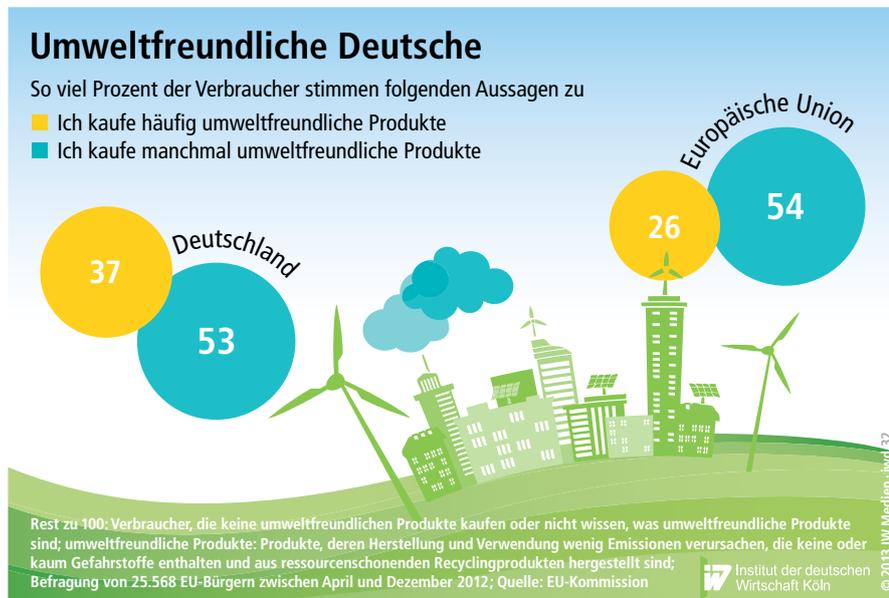
lichst kleinen ökologischen Fußabdruck hinterlassen, wie eine Umfrage der Europäischen Kommission zeigt (Grafik):

**Mehr als jeder vierte EU-Bürger kauft häufig umweltfreundliche Produkte, hierzulande tun dies sogar 37 Prozent.**

Rund die Hälfte der Europäer – und der Deutschen – greift immerhin manchmal zu diesen Produkten.

Die EU-Kommission hat auch danach gefragt, was die Bürger in den vergangenen Monaten im Einzelnen getan haben, um die Umwelt zu schützen. Dabei zeigte sich, dass vor allem der Einkauf explizit als umweltfreundlich zertifizierter Waren enorm gestiegen ist: So haben im Jahr 2012 fast 60 Prozent der deutschen Verbraucher Güter mit einem Umweltlabel gekauft, ein Jahr zuvor taten dies nur 20 Prozent. Im übrigen Europa stieg die Nachfrage nach Waren, die ein Umweltsiegel hatten, ähnlich steil an.

Produkte, die keine gefährlichen Stoffe enthalten und deren Herstellung und Gebrauch wenige →



## Inhalt

**BDI-Mittelstandspanel.** Das Gros der mittelständischen Industriebetriebe beurteilt die aktuelle Geschäftslage durchaus positiv.  
Seite 3

**Sachverständigenrat.** Die „Fünf Weisen“ legen in diesem Jahr das 50. Gutachten über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung vor.  
Seite 4-5

**Bildung.** Entgegen der öffentlichen Meinung hat die Chancengerechtigkeit im Bildungssystem in den vergangenen Jahren sogar zugenommen.  
Seite 6

**Finanzierungsbedingungen.** Der niedrige Leitzins der EZB kommt bei den Unternehmen in den Krisenländern nicht an.  
Seite 7

**Verhaltensökonomik.** Ein Experiment hat gezeigt, dass Mitarbeiter mehr leisten, wenn sie weniger von ihren Chefs kontrolliert werden.  
Seite 8

**iw** Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

**Präsident:**  
Arndt Günter Kirchoff  
**Direktor:**  
Professor Dr. Michael Hüther  
**Mitglieder:**  
Verbände und Unternehmen  
in Deutschland

→ Emissionen verursachen, sind allerdings häufig teurer als herkömmliche Ware. Die Preisdifferenz schreckt die meisten jedoch nicht:

**EU-weit wären 77 Prozent der Befragten bereit, mehr für umweltfreundliche Produkte zu bezahlen, wenn sie sicher wären, dass sie auch wirklich umweltfreundlich sind. In Deutschland teilen sogar 86 Prozent der Verbraucher diese Haltung.**

### Misstrauische Deutsche

So viel Prozent der Verbraucher vertrauen den Angaben der Hersteller von umweltfreundlichen Produkten ...

■ ... voll und ganz ■ ... eher ■ ... eher nicht ■ ... überhaupt nicht ■ ... weiß nicht



Umweltfreundliche Produkte: Produkte, deren Herstellung und Verwendung wenig Emissionen verursachen, die keine oder kaum Gefahrstoffe enthalten und aus ressourcenschonenden Recyclingprodukten hergestellt sind; Befragung von 25.568 EU-Bürgern zwischen April und Dezember 2012; Quelle: EU-Kommission

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwv32

### Die grünen Hotspots

Städte mit mindestens fünf Bio-Fachmärkten oder Bio-Supermärkten

■ Bio-Märkte ■ Zahl der Bio-Märkte je 100.000 Einwohner

Regensburg	6	4,40
Heidelberg	5	3,37
Freiburg	7	3,27
München	42	3,08
Nürnberg	15	3,06
Stuttgart	17	2,88
Lübeck	6	2,85
Hannover	13	2,55
Münster	7	2,39
Bonn	7	2,28
Berlin	71	2,13
Frankfurt am Main	13	1,92
Wiesbaden	5	1,85
Köln	17	1,68
Bremen	9	1,65
Hamburg	27	1,57
Bielefeld	5	1,53
Dresden	6	1,16
Leipzig	5	0,98
Dortmund	5	0,86

Stand: Juli 2013; Ursprungsdaten: Bio-Markt.Info

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwv32

Bio boomt: In Deutschland gibt es laut dem Informationsdienst Bio-Markt.Info 717 Bio-Märkte in 340 Städten – wobei in diese Statistik sowohl Bio-Fachmärkte mit 200 bis 400 Quadratmetern Verkaufsfläche als auch Bio-Supermärkte mit mehr als 400 Quadratmetern Verkaufsfläche eingehen, Naturkostläden werden nicht erfasst. Allein 2012 wurden 28 neue Bio-Fachmärkte und 53 Bio-Supermärkte eröffnet, mehr Neueröffnungen gab es mit 83 Geschäften nur im Jahr 2007.

Doch an ebendiesem Vertrauen hapert es. Die Vielzahl an Etiketten und Siegeln, die auf umweltfreundlichen Produkten prangen, sind für viele Konsumenten verwirrend: Der Blaue Engel und das EU-Siegel für ökologische Lebensmittel sind den meisten wohl geläufig; aber wer kennt das FSC-Siegel, das Einrichtungsgegenstände aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung zielt? Oder ÖkoControl, ein Zertifikat für pestizid- und herbizidfreie Möbel? NaturePlus wiederum deklariert umweltfreundlich produzierte Bodenbeläge, Farben und Baustoffe.

Mehr als 400 solcher Produktlabels listet die Verbraucher Initiative auf [www.label-online.de](http://www.label-online.de). Doch die vielen Deklarierungen erleichtern die Kaufentscheidung nur bedingt: Knapp die Hälfte der europäischen Verbraucher ist von der Menge der Umweltinformationen, die sie über Produkte erhalten, verwirrt.

In der Bundesrepublik ist das Misstrauen gegenüber den Herstellerangaben besonders groß (Grafik):

**Nur 4 Prozent der Verbraucher in Deutschland vertrauen den Informationen der Hersteller von umweltfreundlichen Produkten vollständig, 27 Prozent glauben den Aussagen zum Teil.**

Diese Diskrepanz – einerseits die Umwelt schützen zu wollen, andererseits die grünen Konsumgüter überwiegend skeptisch zu betrachten – schlägt sich auch im Verhalten der Verbraucher nieder. So finden nur 22 Prozent der EU-Bürger, dass der Kauf von umweltfreundlichen Produkten eine geeignete Maßnahme zur Lösung der Umweltprobleme ist. Die meisten, nämlich 54 Prozent, halten Recycling und Mülltrennung für ein geeignetes Mittel in Sachen Umweltschutz. Der Einsatz energieeffizienter Haushaltsgeräte wird von 39 Prozent der Europäer in diesem Zusammenhang befürwortet.

Um das Vertrauen der Verbraucher zu gewinnen, schlägt die EU-Kommission vor, grüne Konsumgüter künftig mithilfe europaweit harmonisierter Methoden einheitlich zu bewerten. In einer dreijährigen Testphase sollen die Unternehmen und Industrieverbände deshalb Gelegenheit erhalten, Regeln aufzustellen, die die Umweltwirkungen von der Rohstoffgewinnung bis zur Entsorgung des Produkts erfassen. Am Ende, so die Brüsseler Idee, soll es dann für alle ökologisch ambitionierten Produkte innerhalb des Binnenmarktes ein einziges Label geben: den Umweltaußabdruck.

# Firmen sorgen vor

**BDI-Mittelstandspanel.** Auch wenn die Konjunktur derzeit langsamer läuft als in den Vorjahren und die Wirtschaftspolitik nur bedingt Lob einheimst, beurteilen die meisten mittelständischen Industriebetriebe ihre Geschäftslage durchaus positiv. Um sich für die Zukunft noch besser aufzustellen, investieren viele Firmen in Qualifikationsmaßnahmen.

Die Kritik hält sich in Grenzen: Von den mehr als 900 Industrieunternehmen, die der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) im Rahmen seines halbjährlichen Mittelstandspanels in diesem Frühjahr befragte, bezeichneten 58 Prozent die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als „befriedigend“; 34 Prozent gaben die Note „gut“.

Was die Zukunft angeht, sind die Befragten jedoch skeptischer:

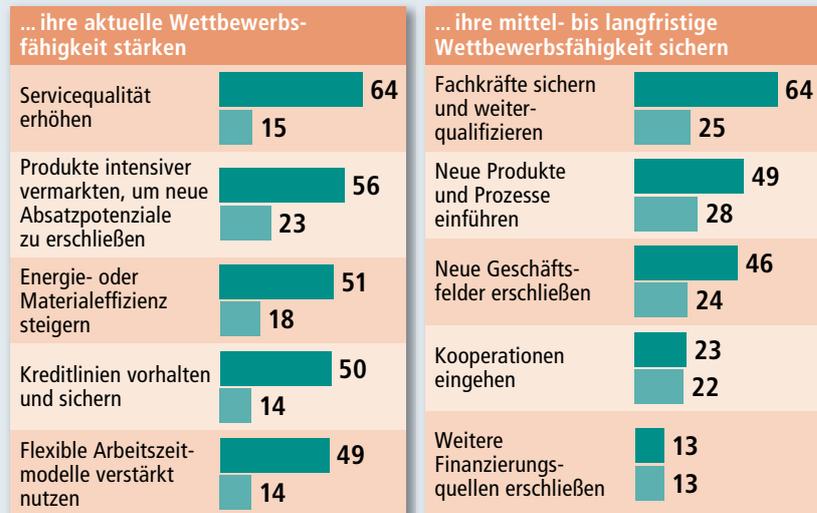
**Sprechen derzeit lediglich 8 Prozent der Firmen von einem schlechten wirtschaftspolitischen Umfeld, erwarten dies für das kommende Frühjahr fast 20 Prozent.**

Zu den naheliegenden Gründen zählt neben der Unsicherheit über den Fortgang der Euro-Schuldenkrise vor allem, dass viele Mittelständler über den Ausgang der Bundestagswahl besorgt sind. Denn die Pläne einiger Parteien, neue Steuern oder Abgaben auf Vermögen zu erheben, bedrohen viele Betriebe in ihrer Substanz.

Freundlicher sieht das Bild aus, wenn es um die Geschäftslage der Unternehmen selbst geht. Immerhin 40 Prozent halten die eigene Situation für gut oder sehr gut. Für die Zeit bis zum Herbst sind die Firmen so-

## Der Mittelstand setzt auf Service

So viel Prozent der mittelständischen Unternehmen wollen mit diesen Maßnahmen ...



Befragung von 901 deutschen Industrieunternehmen im Frühjahr 2013  
Quelle: BDI-Mittelstandspanel

IW Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW-Medien - IwD 32

gar noch etwas zuversichtlicher; für das Frühjahr 2014 rechnen dagegen nur noch 36 Prozent mit einer ausgesprochen positiven Lage.

Wie die Geschäfte in Zukunft tatsächlich laufen, hängt nach Einschätzung von gut 90 Prozent der Befragten in erster Linie von der inländischen Nachfrage ab. Die Entwicklung auf den Auslandsmärkten ist dagegen nur für gut vier von zehn Unternehmen relevant – darunter vor allem größere Betriebe.

Platz zwei auf der Liste der Erfolgsfaktoren belegen die Energie- und Rohstoffpreise – 79 Prozent der Unternehmen stufen sie als wichtig ein. Mit 72 Prozent folgen die Arbeitskosten auf Rang drei.

Die viertwichtigste Einflussgröße ist dann schon die Fachkräftesituation – für mehr als 55 Prozent ist der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften von Bedeutung. Besonders kleinere Betriebe sind davon betroffen. Das Fachkräfteproblem fällt umso mehr ins Gewicht, als immerhin fast jedes fünfte Unternehmen in diesem Jahr zusätzliches Personal

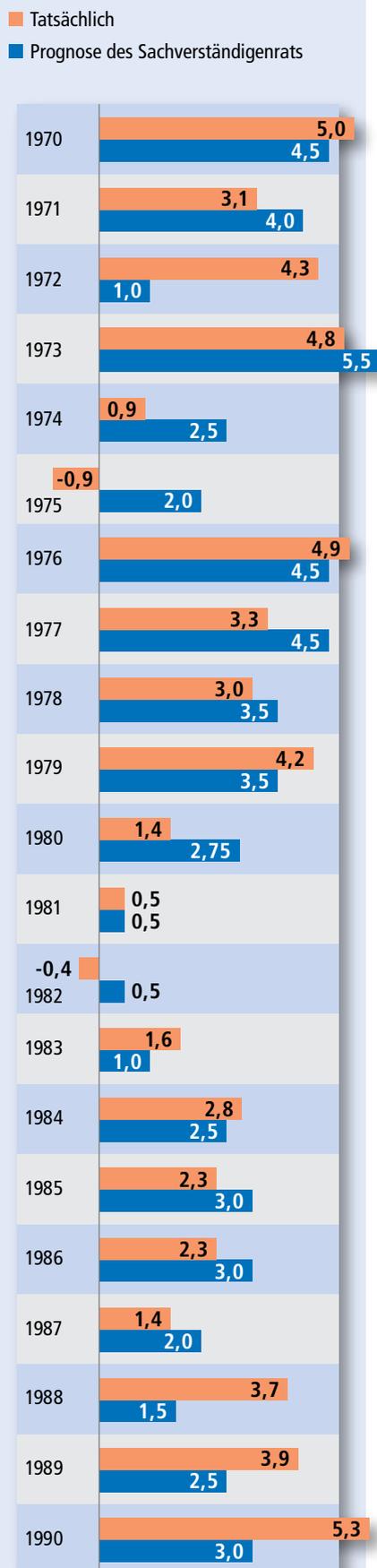
im Inland einstellen möchte. Deshalb beugen viele Firmen künftigen Engpässen vor (Grafik):

**Damit sie ihre Wettbewerbsfähigkeit mittel- bis langfristig sichern können, führen zwei Drittel der Unternehmen schon heute Maßnahmen durch, um ihre Fachkräfte zu halten und weiterzuqualifizieren. Ein weiteres Viertel der Betriebe will künftig auf diesem Gebiet aktiv werden.**

Um sich auch kurzfristig gegenüber der Konkurrenz noch besser zu positionieren, setzen die Firmen vor allem darauf, ihre Servicequalität zu steigern. Zudem will eine klare Mehrheit ihre Produkte intensiver vermarkten, um neue Kundenkreise zu erschließen. Das ist sinnvoll, denn die Mittelständler sind oft von nur wenigen Kunden abhängig. So erzielt jeder vierte Industriebetrieb zwischen 76 und 100 Prozent seines Umsatzes mit lediglich fünf Abnehmern. Das IW-Zukunftspanel hatte bereits für 2008 die hohe Abhängigkeit deutscher Familienunternehmen von einem kleinen Kundenkreis aufgezeigt.

# 50 Jahre

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in Prozent



**Sachverständigenrat.** Der Sachverständigenrat (SVR) zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung feiert in diesem Jahr sein 50-jähriges Jubiläum. Die sogenannten Fünf Weisen befeuern nicht nur regelmäßig die wissenschaftliche Diskussion, sondern haben immer wieder auch neue Konzepte zur Wirtschaftspolitik vorgelegt.

In diesem Jahr präsentiert der SVR der Bundesregierung sein 50. Gutachten. Der Rat, dessen fünf Mitglieder vom Bundespräsidenten berufen werden, gibt alljährlich eine Prognose über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ab. Damit unterstützt er die politischen Instanzen und die Öffentlichkeit bei ihrer Urteilsbildung.

Bei seinen Prognosen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) lag der SVR in der Vergangenheit nicht immer richtig (Grafik). Viel wichtiger sind aber ohnehin jene Teile des Gutachtens, in denen es um ökonomische Fehlentwicklungen geht – und darum, sie zu vermeiden oder abzustellen. Zwar ist es dem Rat gesetzlich verboten, bestimmte Maßnahmen zu empfehlen. Dennoch haben die „Fünf Weisen“ in den vergangenen fünf Jahrzehnten der Wirtschaftspolitik maßgebliche Impulse gegeben:

• **Lohnpolitik.** In seinem ersten Gutachten 1964 beschreibt der Rat sein Konzept einer kostenniveauneutralen Lohnpolitik mit dem Spezialfall der produktivitätsorientierten Lohnpolitik. Damit gab der Rat den Tarifparteien ökonomische Orientierungshilfen für ihre jährlichen Lohnverhandlungen. Zwar hat der SVR diese Lohnformel später mehrfach verändert, aber der Grundgedanke gilt auch heute noch. Sowohl die Gewerkschaften als auch die Arbeitgeberverbände orientieren sich bei

ihren Lohnverhandlungen an der Produktivitätsentwicklung.

• **Haushaltspolitik.** Wegweisend war auch das 1968 vorgestellte Konzept eines konjunkturneutralen öffentlichen Haushalts. Mithilfe dieses Konzepts lässt sich der staatliche Finanzierungssaldo in zwei Teile trennen: einen strukturellen Teil, der vom Auf und Ab der Konjunktur unabhängig ist, und einen Teil, der auf einer Unter- oder Überauslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials beruht. Der strukturelle Finanzierungssaldo fehlt heute in keinem Indikatorset zur Beurteilung des Konsolidierungsbedarfs und der Nachhaltigkeit von öffentlichen Haushalten.

• **Wirtschaftspolitik.** Verantwortlich zeichnet der SVR auch für einen fundamentalen Paradigmenwechsel, nämlich weg von der nachfrage- hin zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Nach der ersten Ölkrise 1973 stand im Zentrum der Überlegungen, wie das Produktionspotenzial einer Volkswirtschaft dauerhaft gesteigert werden kann, und nicht mehr, wie Schwankungen wirtschaftspolitisch neutralisiert werden können. Es gab einen Wechsel von der Konjunktur- zur Wachstumspolitik. Impulsgeber war seinerzeit Gerhard Fels, von 1976 bis 1982 Mitglied im SVR und anschließend Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

# Sachverständigenrat



Interview +++ Interview +++ Interview +

Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln

## „Nirgends lernt man so viel über die ökonomische Gegenwart“

Herr Hüther, Sie waren von 1995 bis 1999 Generalsekretär und Leiter des wissenschaftlichen Stabes des Sachverständigenrats (SVR). Jedes Jahr gehen die Fünf Wirtschaftsweisen für drei Monate in Klausur, um ihr Gutachten zu schreiben. Wie muss man sich das vorstellen – als tippende Wohngemeinschaft?

Das Bild trifft es ganz gut. Das Opus ist ja ein Gemeinschaftswerk, das am Ende von allen getragen wird. Zwar können einzelne Autoren ihre abweichende Meinung in einem Sondervotum abgeben, aber auch das geht nur in enger Zusammenarbeit. Deshalb arbeiten die Wirtschaftsweisen in dieser Phase so intensiv zusammen, wie man in einer studentischen Wohngemeinschaft zusammenlebt.

Die SVR-Gutachten sind meist rund 500 Seiten dick. Wann haben Sie das letzte Mal ein komplettes Gutachten gelesen?

Als Generalsekretär. Jetzt bin ich reiner Nutzer und gehe nach Interesse, auffälligen Analysen, empirischen Neuigkeiten und Themenbedarf vor.

Und inwiefern trägt diese Lektüre zu Ihrem Erkenntnisgewinn bei?

Das Jahresgutachten analysiert den „aktuellen Rand“ und muss doch die Distanz einer vertieften, rückschauenden Betrachtung haben. Man lernt nirgends so viel über die ökonomische Gegenwart wie hier.

Die Öffentlichkeit schaut vor allem auf die Wachstumsprognosen der Wirtschaftsweisen. Im Nachhinein liegen sie damit oft ziemlich daneben. Sind die ökonomischen Modelle mit der komplexen Realität nicht überfordert?

Die Prognose für den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts steht leider zu Unrecht

im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung. Entscheidend ist die Story, das Verständnismodell, mit dem die Gegenwart eingeordnet wird. Dafür sind formale Modelle hilfreich, weil sie eine konsistente Argumentation erzwingen.

Ist der Sachverständigenrat noch eine zeitgemäße Institution?

Ja, ohne Zweifel. Allein die gesetzlich verankerte Unabhängigkeit macht ihn einzigartig. Das Jahresgutachten steht mit seiner umfassenden Analyse sicherlich etwas gegen den Zeitgeist, liefert aber eine Gesamtschau, die sonst kaum geboten wird.

Gleichwohl ist der Einfluss des Sachverständigenrats nicht mehr so groß wie früher ...

Auch die Politikberatung muss sich den zeitgemäßen Kommunikationsformen stellen. Zudem hat die Konkurrenz zugenommen, es gibt mehr ökonomische Stimmen im öffentlichen Diskurs. Wettbewerb ist aber nie von Nachteil, auch nicht für den Sachverständigenrat.

Welches Thema sollte das diesjährige Gutachten intensiv unter die Lupe nehmen?

Angesichts der mühsamen, aber doch voranschreitenden Bewältigung der Staatsschuldenkrise in der Eurozone ist alles Augenmerk darauf zu richten, wie für die nächste Dekade Beschäftigung, Wachstum und Wohlstand für Deutschland und Europa entwickelt und gesichert werden können. Dies ist deshalb so wichtig, weil die Politik – wie die Programme der Parteien zur Bundestagswahl zeigen – durchweg die wachstumspolitischen Herausforderungen nicht erkennt, sondern Verteilungsthemen unangemessen in den Vordergrund stellt.



Der Sachverständigenrat (SVR) legt seit 1964 jährlich ein Jahresgutachten vor, seit 1969 mit Prognosen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung; Prognose 1980: Durchschnitt aus Prognoseintervall des SVR von 2,5 bis 3; bis einschließlich 1994: alte Bundesländer  
Quellen: Statistisches Bundesamt, SVR-Gutachten

# Die Chancen steigen

**Bildung.** In der öffentlichen Diskussion hält sich hartnäckig das Vorurteil, das deutsche Bildungssystem werde immer ungerechter – mit Fakten lässt sich dieser vermeintliche Trend allerdings nicht belegen. Im Gegenteil: In den vergangenen Jahren hat sich die Chancengerechtigkeit verbessert.

Es gibt zahlreiche Mythen über die Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit des deutschen Bildungssystems: Es stiegen mehr Kinder im Vergleich zu ihren Eltern auf der Bildungsleiter ab als auf, für Kinder aus Nichtakademikerhaushalten sei es schwierig, ein Studium aufzunehmen, es werde schon früh entschieden, wer später studieren dürfe, oder eine gesuchte Fachkraft sei nur, wer studiert habe. Mit der Realität haben diese Aussagen wenig gemein:

- **Infrastruktur.** Für Kinder aus benachteiligten Haushalten ist es besonders wichtig, dass sie im Bildungssystem möglichst früh gefördert werden. Inzwischen zeigt der Ausbau der Kindergärten in den 1990er Jahren erste Früchte, denn

die heutigen Jugendlichen haben häufiger einen Kindergarten besucht. Vor allem Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder, deren Eltern einen niedrigen Bildungsabschluss haben, konnten in puncto Kindergartenbesuch zulegen.

Das Ergebnis: Kinder aus benachteiligten Elternhäusern holen in den Schülerleistungstests wie PISA auf. Und der Ausbau geht weiter: Seit 2005 hat der Staat mehr Krippenplätze – vor allem für unter Dreijährige – geschaffen und die Ganztagschulen ausgebaut (Grafik).

- **Berufseinstieg.** Der Anteil der Schulabbrecher an allen Absolventen ist seit 2005 von gut 8 Prozent auf mittlerweile 6 Prozent gesunken. Auch der Übergang ins Berufsleben gelingt besser, denn das Angebot an Ausbildungsstellen ist deutlich gestiegen: Gemessen an der Bevölkerung im Alter zwischen 16 und 20 Jahren ist die Zahl der Ausbildungsplätze von rund 59 Prozent im Jahr 2005 auf 71 Prozent im vergangenen Jahr gestiegen. Dadurch ist die Jugendarbeitslosigkeit gesunken:

**In Deutschland waren 2012 rund 8 Prozent der 15- bis 24-Jährigen arbeitslos – im Jahr 2005 waren noch fast doppelt so viele ohne Job.**

Ebenfalls gesunken ist die Zahl der jungen Leute in einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme, nämlich von rund 418.000 im Jahr 2005 auf gut 267.000 im vergangenen Jahr.

- **Aufstiegchancen.** Die Durchlässigkeit des deutschen Bildungssystems ist besser denn je. Dabei spielt vor allem der Zugang zu einer Hochschule über berufliche Schulen eine wichtige Rolle. So erreichten im Jahr 2011 rund 182.000 Schüler ihre Studienberechtigung an beruflichen Schulen. Das waren rund 21 Prozent eines Altersjahrgangs – verglichen mit nur 16 Prozent im Jahr 2005.

Von den Kindern aus Nichtakademikerhaushalten studierten im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2005 rund 19 Prozent – aktuell ist dieser Anteil auf knapp 22 Prozent gestiegen. Und auch junge Menschen ohne Hochschulabschluss sind auf dem Arbeitsmarkt gefragt.

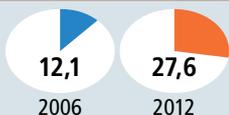
## Mehr Bildung, weniger Arbeitslose

in Prozent

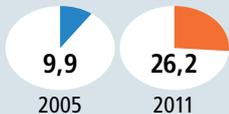
### Infrastruktur

Aktueller Wert

Betreuungsquote der unter Dreijährigen



Anteil der Ganztagschüler an Grundschulen

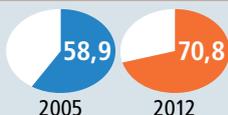


### Berufseinstieg

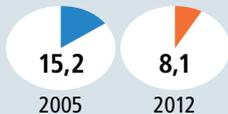
Anteil der Schulabbrecher an allen Absolventen



Ausbildungsstellen in Relation zur Bevölkerung von 16 bis 20 Jahren

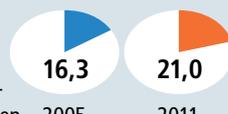


Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen

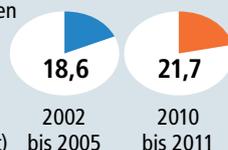


### Aufstiegchancen

Anteil der Studienberechtigten von berufsbildenden Schulen an den 18- bis unter 21-Jährigen



Anteil der Studenten aus Nichtakademikerhaushalten an allen Kindern dieser Haushalte (Durchschnittswert)



# Zinssenkung kommt nicht überall an

**Finanzierungsbedingungen.** Der niedrige Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB) kommt in den Unternehmen der Krisenländer nicht an. Stattdessen sind die Zinsen für Unternehmenskredite sogar gestiegen und die Kreditvergabe ist immer noch restriktiv.

In der Eurozone sind die Finanzierungsbedingungen für Firmen nach wie vor recht unterschiedlich. Dies zeigt eine Unternehmensbefragung der EZB für den Zeitraum Oktober 2012 bis März 2013. Demnach haben sich die Finanzierungsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland und Österreich verbessert, in den Krisenländern Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien sind sie dagegen schlechter geworden.

**In Deutschland und Österreich** gaben nur 8 Prozent der Unternehmen zu Protokoll, dass die Finanzierung für sie derzeit das größte betriebswirtschaftliche Problem sei (Grafik).

**In Griechenland** kamen dagegen 38 Prozent der Unternehmen kaum an frisches Geld.

Eine ähnliche Tendenz zeigt sich bei den Kreditanträgen. Unternehmen in Deutschland und Österreich werden von ihren Bankern nur selten abgewiesen. Dagegen hört jedes sechste Unternehmen in Spanien, Irland und den Niederlanden schon einmal ein Nein von seinem Kreditbearbeiter. In Griechenland wird fast jeder dritte Kreditantrag abgelehnt.

Hinzu kommt, dass deutsche Mittelständler heute in der Regel weniger Zinsen zahlen müssen als früher – bei ihnen kommt die Senkung des

## Finanzierungsbedingungen: Gespaltenes Europa

So viel Prozent der im Frühjahr 2013 befragten kleinen und mittelständischen Unternehmen stimmten für den Zeitraum Oktober 2012 bis März 2013 diesen Aussagen zu

	GR	E	IRL	P	I	NL	F	B	FIN	A	D
Die Finanzierung ist aktuell das größte Problem des Unternehmens	38	25	24	21	18	15	13	11	11	8	8
Der Kreditantrag wurde abgelehnt	31	17	17	9	13	16	10	9	11	0	3
Die Kreditzinsen sind gestiegen	37	73	54	62	68	41	14	19	51	23	9
Die Bereitschaft der Banken, Geld zu verleihen, ist gestiegen	1	11	14	7	5	12	12	13	7	15	26

Kleine und mittelständische Unternehmen: 10 bis 249 Beschäftigte  
Quelle: Europäische Zentralbank

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 32

Leitzinses auf 0,5 Prozent also an. In den Krisenländern ist es genau umgekehrt. In Spanien mussten drei Viertel der kleinen und mittelständischen Unternehmen von Oktober 2012 bis März 2013 höhere Zinsen für ihre Kredite zahlen als zuvor, in Italien und in Portugal waren es jeweils mehr als 60 Prozent.

**Während jeder vierte deutsche Betrieb sagt, dass die Banken heute eher bereit sind als früher, Kredite zu vergeben, äußern das höchstens 11 Prozent der Firmen aus den Krisenländern.**

Ein Licht am Ende des Tunnels ist auf der Grünen Insel zu sehen. In Irland, wo die Krise sehr früh einsetzte und die Banken entschlossen saniert wurden, meldet bereits jedes siebte Unternehmen, dass sich die Kreditvergabe verbessert hat.

Dass in Südeuropa der Niedrigzins bei den Firmen nicht ankommt, hat zwei Gründe: Dort verfügen die Banken über vergleichsweise wenig Eigenkapital – sie können ihr Kreditangebot also nicht ausweiten.

Denn im Falle von Verlusten würden ihnen sonst die Mittel fehlen, um Zahlungsausfälle aufzufangen – und die nächste Bankenkrise stünde ins Haus. Nicht zuletzt deshalb hat die EU die Banken zur Bildung einer ausreichenden Eigenkapitaldecke verpflichtet.

Zudem müssen die Banken weiter konsequent restrukturiert werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Geldinstitute nur so lange überlebensfähig bleiben, wie die Leitzinsen niedrig sind. Momentan leben die Banken von der ausreichenden Marge zwischen verliehenem und geliehenem Geld.

Die Unternehmen in den Krisenländern können aber auch selbst etwas für ihre Kreditwürdigkeit tun, indem sie wettbewerbsfähiger werden. Viele Firmen sind auch schon dabei, ihre (Arbeits-)Kosten in den Griff zu bekommen. Dadurch sinkt ihr Insolvenzrisiko – und die Banken müssen bei der Kreditvergabe nicht mehr so knauserig sein.

# Vertrauen ist besser

**Verhaltensökonomik.** Leisten Mitarbeiter mehr, wenn sie kontrolliert werden? „Nein“, behaupten zwei Forscher nach einem Experiment.

Es gibt Vorgesetzte, die glauben, ihre Angestellten liegen nur dann nicht auf der faulen Haut, wenn sie ihnen permanent auf die Finger schauen. Ein Experiment der Universitäten Bonn und Innsbruck förderte indes Gegenteiliges zutage. Demnach fahren Chefs besser, wenn sie die Zügel locker lassen.

Die beiden Forscher Armin Falk und Michael Kosfeld teilten 70 Versuchsteilnehmer in Vorgesetzte und Mitarbeiter ein. Die Arbeitnehmer bekamen 120 Punkte auf einem virtuellen Konto gutgeschrieben, die Chefs null Punkte. Jeweils ein Vorgesetzter und ein Mitarbeiter bildeten ein Paar.

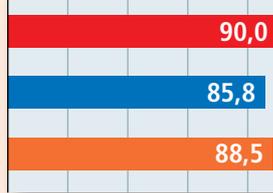
Nach den Regeln des Experiments sollte jeder Mitarbeiter einen Teil seiner Punkte investieren, quasi als

## Personalpolitik: Vor allem kleine Firmen setzen auf Eigenverantwortung

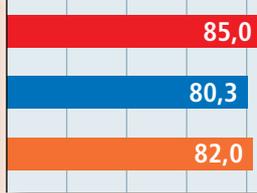
So viel Prozent der ...

- ... Unternehmen mit 1 bis 49 Mitarbeitern
- ... Unternehmen mit 50 bis 249 Mitarbeitern
- ... Unternehmen ab 250 Mitarbeitern

vertrauen sehr stark auf die Eigenverantwortung der Mitarbeiter



entwickeln die Mitarbeiter zu Mittdenkern



Befragung von 1.853 Personalverantwortlichen im Juli und August 2010  
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw-d 32

Arbeitseinsatz. Den Rest ihres Guthabens sollten die Probanden am Ende des Versuchs in barer Münze ausgezahlt bekommen. Die jeweiligen Chefs wiederum bekamen die doppelte investierte Punktzahl als Arbeitserlös gutgeschrieben. Zuvor konnte der Chef entscheiden,

- ob er entweder eine Mindestpunktzahl von fünf festsetzt, seinen Mitarbeiter somit kontrolliert und ihn auf diese Weise zum Arbeiten anhält,
- oder ob er die Punktzahl offenlässt und so signalisiert, dass er seinem Mitarbeiter beim Arbeitseinsatz freie Hand lässt, ihm also vertraut.

Erstaunlicherweise entschied sich die große Mehrheit der Chefs und Cheffinnen gegen die Kontrolle und wurde dafür belohnt. Drei von vier Vorgesetzten vertrauten ihren Mitarbeitern – und diese gaben ihren Chefs im Durchschnitt 25 Punkte von ihrem Guthaben ab. In den anderen Fällen, in denen der Chef fünf Punkte als Mindestsumme festlegte,

gaben die kontrollierten Mitarbeiter nur zwölf Punkte ab.

Außerdem wurden die Personalverantwortlichen gefragt, welche Leistung sie von ihren Mitarbeitern wohl zu erwarten hätten – erst anschließend wurde ihnen die tatsächliche Leistung mitgeteilt. Und siehe da, die Kontrollfreaks erwarteten eine Leistung von 19, bekamen aber nur zwölf Punkte.

Hinter den Ergebnissen steckt das Modell des sogenannten Homo reciprocans. Unzählige psychologische und ökonomische Studien belegen, dass Menschen faires Verhalten belohnen und dafür auch Kosten in Kauf nehmen.

Erfolgreiche Unternehmen wissen um das Motivationspotenzial von Vertrauensmaßnahmen. Dies ergab eine Befragung von 1.853 Personalverantwortlichen durch das IW Köln (Grafik). Demnach vertrauen etwa 90 Prozent auf die Eigenverantwortung ihrer Mitarbeiter – und wollen diese so an die Firmen binden.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber  
**Redaktionsassistentz:** Ines Pelzer  
**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen  
**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iw-d@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich  
**Bezugspreis:** € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08  
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer  
**Abo-Service:** Therese Hartmann,  
Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de  
**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH,  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445  
**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iw-d wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

**IW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.